



## Stadt Backnang Sitzungsvorlage

N r . 116/11/GR

Federführendes Amt	Amt für Familie, Jugend und Bildung		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Vorberatung	Verwaltungs- und Finanzausschuss	07.07.2011	öffentlich
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	21.07.2011	öffentlich

### Kindergartensozialarbeit

#### Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion Nr. 71/09 ist hiermit erledigt.

Haushaltsrechtliche Deckung	HHSt.:		
Haushaltsansatz:		EUR	EUR
Haushaltsrest:		EUR	EUR
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		EUR	EUR
Für Vergaben zur Verfügung:		EUR	EUR
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		EUR	EUR
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		EUR	EUR
Amtsleiter:	Sichtvermerke:		
29.6.2011 Datum/Unterschrift	I	II	10 20
	Kurzzeichen Datum		

**Begründung:**

Schon 2009 wurde in einer Stellungnahme an den Gemeinderat der Bedarf an zusätzlicher Unterstützung von Kindern im Kindergartenalter auf der Grundlage der Gesundheitsuntersuchungen des Landkreises und der Ergebnisse aus den Einschulungsuntersuchungen dargelegt. Der hohe Anteil von Kindern, welche einen zusätzlichen Förderbedarf haben, steigt weiter an.

Nicht nur bei vielen dieser Kinder, sondern bei einer Vielzahl weiterer Kinder liegt der Bedarf nicht unbedingt in einer Einzelintegrationsmaßnahme. Zumeist zeigen sich Belastungsfaktoren oder dringender Beratungs- und Unterstützungsbedarf in der Familie oder dem familiären System. Dieser kann **von den Fachkräften in den Kindertageseinrichtungen nicht ausreichend gedeckt werden. Ebenso können Fachberatungsthemen (Einzelfallabklärung, Unterstützung der Einrichtungen und Teams) durch die Kindergartenverwaltung aufgrund der gestiegenen Bedarfe nicht ausreichend bearbeitet werden.** Andere Beratungsangebote, wie die Frühförderstellen des Landkreises, können die **Bedarfe** nicht kompensieren.

Gleichzeitig wird durch die schrittweise Einführung des Orientierungsplans das Personal in den Kindertagesstätten deutlich aufgestockt. Dies ist sowohl den gestiegenen Anforderungen durch Dokumentation und Zielvorgaben als auch den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen geschuldet. **Diese zusätzlichen personellen Kapazitäten können auch im Bereich der Einzelförderung eingesetzt werden.**

Das Amt für Familie, Jugend und Bildung hält Kindergartensozialarbeit grundsätzlich für sinnvoll, sieht jedoch andere Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung für dringlicher.

Hierzu zählen beispielsweise

- der Ausbau der Ganztagsbetreuung
- der Ausbau der Kleinkindbetreuung sowohl in Einrichtungen als auch in der Tagespflege
- die Integration behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder
- die Ausweitung der Öffnungszeiten der Einrichtungen
- die Einführung von warmem Mittagessen in Einrichtungen.

Im Zuge der Prioritätenfestlegung für die kommenden und vorhandenen kommunalen Pflichtaufgaben muss eine freiwillige Leistung wie Kindergartensozialarbeit zurückgestellt werden.

**Darüber hinaus wird erwartet, dass durch diesen Ausbau der Kindertagesbetreuung Belastungsfaktoren für Familien unter anderem durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verringert werden.**

**Die Verwaltung empfiehlt deswegen die Auswirkungen der Personalaufstockungen in den Einrichtungen abzuwarten.**